Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) über die Feststellung des Nichtbestehens einer UVP-Pflicht für das Planvorhaben der Stadt Langenfeld zur Errichtung einer Flutmulde seitlich des Gladbachs (Gladbacher Feld) in Langenfeld

Kreis Mettmann
7032E125 As

Mettmann, den 28.08.2019

Antrag der Stadt Langenfeld auf Erteilung einer Plangenehmigung nach § 68 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Die Stadt Langenfeld hat bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Mettmann (UWB) mit Datum vom 19.06.2019 für das Grundstück in Langenfeld, Gemarkung Immigrath, Flur 9, Flurstück 18, einen Antrag auf Erteilung einer Plangenehmigung nach § 68 Abs. 2 WHG gestellt. Antragsgegenstand ist die Errichtung einer Flutmulde seitlich des Gladbachs (Gladbacher Feld) in Langenfeld.

Es handelt sich um ein Vorhaben nach Nr. 13.18.2 Spalte 2 „Rückhaltebecken und Teiche“ der Anlage 1 zum UVPG.

Gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG und Nr. 13.18.2 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG ist für das Vorhaben eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls für das Bestehen oder Nichtbestehen einer UVP-Pflicht durchzuführen.

Aufgrund mehrerer Starkregenereignisse im Juni 2018 hatte die Stadt Langenfeld im Rahmen der Gefahrenabwehr zum Schutze des Wohngebietes Kaisersbusch auf dem städtischen Grundstück „Gladbacher Feld“ eine Flutmulde errichtet. Es handelt sich dabei um ein Versickerungsbecken mit einem Retentionsvolumen von 2.000 m³. Sobald der Abfluss im Gladbach ein HQ 10 Ereignis übersteigt, wird Wasser in die Flutmulde abgeschlagen. Einen technischen Ablauf besitzt die Flutmulde nicht, das abgeschlagene Wasser wird versickert. Da diese Flutmulde neben dem Gladbach, also im Nebenschluss verläuft, bleibt die Durchgängigkeit des Gladbachs erhalten.

Aufgrund der Regenereignisse 2018 ist die Maßnahme im Rahmen der Gefahrenabwehr bereits umgesetzt worden, um den vorgegebenen Drittschutz im Rahmen des Hochwasserschutzes sicherzustellen. Da nach den Bestimmungen des WHG eine wasserrechtliche Plangenehmigung erforderlich ist, soll diese nunmehr nachträglich erteilt werden.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG stelle ich nach Prüfung fest, dass bei dem beantragten Vorhaben keine besonderen, beachtenswerten örtlichen Gegebenheiten vorliegen, die erhebliche Umweltauswirkungen haben könnten. Damit besteht auch keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Hanst